

Magistratsdirektion der Stadt Wien

Eing.: 29. APR. 2005

PEL-02255-2005/0001/LAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

8

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Landtagsabgeordneten Christian Oxonitsch (SPÖ), Hilmar Kabas (FPÖ), Matthias Tschirf (ÖVP), Maria Vassilakou (Grüne) und Heike Trammer (BZW) betreffend Verurteilung der Aussagen von Bundesrat John Gudenus und Aufforderung zur Rücklegung des Mandates, eingebracht zu Post Nr. 2 in der Sitzung des Wiener Landtages am 29.4.2005.

Die Existenz von Gaskammern in den Vernichtungslagern des nationalsozialistischen Terrorregimes ist historisch eindeutig und vielfach belegt. Die beharrliche öffentliche Leugnung bzw. Infragestellung ihrer Existenz durch Bundesrat John Gudenus ist Ausdruck einer unglaublichen Verachtung von Millionen von Opfern, die in den Konzentrationslagern des Nazi-Regimes systematisch ermordet wurden. Wer diese entsetzlichsten Verbrechen der Menschheit wiederholt leugnet oder verniedlicht, ist nicht würdig und geeignet, die Aufgaben und Verantwortung eines hohen Amtes für die Republik Österreich wahrzunehmen. Als Konsequenz bloß die FPÖ-Mitgliedschaft zurückzulegen, ist in keiner Weise ausreichend.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

Der Wiener Landtag will im Bundesrat keinen Vertreter des Landes Wien, der Nazi-Verbrechen beharrlich leugnet oder verharmlost. Herr John Gudenus schadet mit seinen Ansichten als Bundesrat dem Ansehen des Bundesrates, dem Parlament, dem Land Wien und der Republik Österreich. Der Wiener Landtag fordert Herr Bundesrat John Gudenus daher auf, unverzüglich von seinem Mandat als Bundesrat zurückzutreten und seinen Platz frei zu machen für einen anderen Vertreter des Landes Wien, der die Verbrechen des Dritten Reichs verurteilt, der sich für Demokratie, Freiheit, Menschenwürde und das Ansehen unseres Land einsetzt und der sich damit des Amtes und seiner Verantwortung als Bundesrat würdig erweist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 29.4.2005

Heike Trammer Hilmar Kabas
Matthias Tschirf Maria Vassilakou